

Jürgen Kumlehn
Erinnerer
E-mail: jkumlehn@t-online.de
Tel: 05331-977 487
www.ns-spurensuche.de

Platanenstraße 24
D-38302 Wolfenbüttel

22. August 2018

AfD führt Wahlkampf mit Geschichtsklitterung

(Was sagen die Mitglieder des AfD-Kreisverbandes Wolfenbüttel dazu?)

Während einer Radtour durch das Havelland wurde ich von Ort zu Ort von einer schäbigen Geschichtsklitterung durch Wahlplakate der AfD begleitet. Es ist bekannt, dass diese „Partei“ deutsche Geschichte manipuliert, lächerlich macht und vor keinem Missbrauch zurückschreckt. Immer noch wird der Nationalsozialismus beschönigt - aktuell behaupten die Brandenburger AfD-Partei-genossen nun, in der Bundesrepublik herrschten heute ähnliche Verhältnisse wie in der DDR. Da wundere ich mich doch dass weder ein Dieter Heid noch ein Manfred Wolfrum hinter politischen Gittern sitzt.



Rechtsradikale der AfD missbrauchen die friedliche Revolution von vor dreißig Jahren und beleidigen die Opfer der DDR-Diktatur. Das ist kein Zynismus mehr, sondern hat bereits die politische Perversion erreicht. Sie

vereinnahmen sogar Willy Brandt und nehmen den bekannten Spruch von Brandt aus seiner Regierungserklärung 1969 für sich in Anspruch: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Wolfgang Thierse, früherer Bundestagspräsident, kommentierte: „Die Berufung auf Willy Brandt ist ein grober Missbrauch und schlicht obzön.“

Auf der mehrtägigen Radtour sah ich in jedem durchfahrenen Ort eine Vielzahl von AfD-Plakaten mit Sprüchen, durch die sich die Partei als aktiver Teilnehmer der gewaltsamen Revolution propagiert, die zum Ende der DDR-Diktatur führte. Mit dieser Taktik versucht die AfD, deren Leitungspersonal in den östlichen Bundesländern vielfach aus Personen besteht, die aus den westlichen Bundesländern stammen, sich den Eindruck von Bürgerrechtlern überzustülpen. Der aus Bad Soden-Allendorf (Nordhessen) stammende Thüringer AfD-Vorsitzende Höcke tut in Reden so, als habe er aktiv an dieser Revolution teilgenommen. Gauland stammt aus Hessen, Beatrix von Storch aus Hamburg und Alice Weidel aus NRW; usw.



AfD-Vorsitzender von Brandenburg ist Andreas Kalbitz. Er wurde 1972 in München geboren. Kalbitz gibt in seinem Lebenslauf auf den Seiten des Landtags Brandenburg weiterhin „Studium der Informatik“ an, gab aber in einem Interview zu, nur „mal dagewesen zu sein und „mit einer



Professorin gesprochen“ zu haben. (Wikipedia, 11.8.2019) Er hat den im ganzen Land Brandenburg hängenden Spruch „Schreib' Geschichte!“ schon vor längerer Zeit verwirklicht. Dazu die Märkische Allgemeine am 2. August 2019:

Andreas Kalbitz wirkte an umstrittenem Hitler-Film mit

Neue Vorwürfe gegen den Brandenburger AfD-Spitzenkandidaten

Potsdam. Der Spitzenkandidat der Brandenburger MD, Andreas Kalbitz, war an der Entstehung zweier Dokumentarfilme über Adolf Hitler und den Zweiten Weltkrieg beteiligt, die die Ge-

schichte verklären. Das berichtet die „Welt“. Die Filme tragen den Titel „Hitler. The Unknown Soldier. 1914 -1918“ („Hitler. Der unbekannte Soldat“) sowie „Von Garmisch in den Kaukasus. Die Geschichte der 1. Gebirgsdivision 1941-1942“.

Im Hitler-Film werden Kalbitz sowie dessen Schwiegervater Stuart Russell als Autoren genannt. Kalbitz räumte die Beteiligung an dem Werk ein: „Diese beiden Filme habe ich zusammen mit meinem Schwiegervater Stuart Russell erstellt“, sagte Kalbitz. (...) Für Thomas Weber, Professor für Geschichte an der Universität Aberdeen, macht der Hitler-Film „den Eindruck einer geschickten Hitler-Verherrlichung“. (...)

„Mir scheint der Film zu suggerieren, dass Hitlers Antisemitismus auf tatsächlich existierende kapitalistische Bestrebungen“ und eine „finanzielle Macht“ der Juden als Ursprung aller Misen in der Welt zurückzuführen sei. Das Gleiche gilt nach meiner Einschätzung für die im Film zu hörende Aussage, dass der Erste Weltkrieg Resultat einer „evil alliance“ (böartige Allianz) von Juden und Marxisten sei“, erklärte Weber weiter.

Ein zweiter Film, für den Kalbitz das Drehbuch geschrieben haben soll, befasst sich mit der 1. Gebirgsdivision, die im Zweiten Weltkrieg am Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion beteiligt war. Darin wird laut „Welt“ der Eindruck vermittelt, als habe es sich bei dem Vorrücken der Division um eine Heldentat gehandelt. Die Division war an schweren Kriegsverbrechen beteiligt, was in dem Film verschwiegen werde. (...)

Kalbitz war 1993 für ein Jahr Mitglied bei den „Republikanern“, worüber Kalbitz sagt: „In zwölf Monaten macht man nicht viel“. Er war an der Entstehung des „Witikobriefs“ beteiligt, in dem er über den angeblich „Ethnozid am deutschen Volk“ spricht. Das sei, so Kalbitz, eine „eventuell etwas unüberlegte Sprachwahl“ gewesen, „die sicher meinem Alter geschuldet war“. Hoch umstritten ist auch die Teilnahme von Kalbitz an einem Zeltlager der neonazistischen und 2009 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). „Wenn ich irgendwie für sinnvoll erachtet hätte, dann hätte es mich weiterhin interessiert. Hat es aber nicht“, sagte er hierzu dem Blatt. (...)

Der Landtagswahl-Spitzenkandidat der Linken, Sebastian Wal sagte: „Andreas Kalbitz macht genau das, was die sogenannte Alternative für Deutschland auf ihren Wahlplakaten in Brandenburg ankündigt: Sie, also auch Andreas Kalbitz selbst, möchte Geschichte schreiben.“ Das schließe „Verklärung, Verharmlosung und das Beschönigen Adolf Hitlers und seines Wirkens mit ein“.

„Gnade uns vor dieser Alternative“

Überschrift eines Leserbriefes in der Braunschweiger Zeitung vom 6. August 2019



Man bekämpft Populisten nicht, indem man sie zu Partnern macht. Tilman Kuban, JU-Vorsitzender kürzlich in Braunschweig.

Schlagzeilen gerade zu diesem Thema machte Anfang August 2019 der Brandenburger SPD -Landtagskandidat Udo Wernitz. In einem Interview mit der „Märkischen Allgemeinen“ sagte er: „Vielleicht sollte man darüber auch mal nachdenken, über eine Koalition mit der AfD, aber ich weiß nicht, wie der Landesvorstand darüber denkt.“ Seine Begründung für diesen Unsinn: Die AfD könne in Regierungsverantwortung nicht mehr nur Forderungen stellen: „Es ist einfach, aus der zweiten Reihe zu rufen, wenn man dann vorne sitzt, sieht die Welt schon anders aus.“

Wir werden sicher nie erfahren, wieviele Stimmen er für die

AfD mit dieser unsäglichen Aussage gewonnen hat.

Zu dieser Idee, die rechtsradikale AfD an der Regierung zu beteiligen, um sie durch Versagen in Verantwortung zu reduzieren, gibt es eine Parallele aus den Jahren 1932/33. Bürgerlich Parteivertreter rieten auch damals, die laut trommelnde NSDAP in die Verantwortung zu nehmen, um dann ihr Scheitern herbeizuführen.

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 schrieb die Wolfenbütteler Zeitung:

Die Zentrumspartei überlege das Angebot der Tolerierung, da man einem neuen Kabinett, „das nicht mit Staatstreichplänen an die Arbeit geht, zunächst eine Chance geben müsse“. Der Nationalsozialismus habe nun die Chance, den Schritt von der Agitation zu Verantwortung zu machen. Die Bereinigung der politischen Atmosphäre in Deutschland fordere diesen Versuch: „Wenn es Millionen eingepreßt ist, in diesem Mann den neuen Messias zu sehen, so muß man diesem die Möglichkeit geben, auf der Basis wie anderen, dieses blinde Vertrauen mit der Tat zu rechtfertigen.“

„Herrn Hitler wird es als Reichskanzler nicht erspart bleiben, was er als Parteiführer vielfach vermeiden konnte: zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen. Auch er wird um Kompromisse nicht herumkommen, da nun einmal nicht nur die Hakenkreuzfahne über Deutschland weht.“

Der sozialdemokratische Braunschweiger Volksfreund meinte:

„Eine tiefe Enttäuschung wird in den nächsten Wochen durch jene Teile des deutschen Volkes ziehen, die bisher Hitler ihre Stimme gaben. Ihre hochgespannten Erwartungen werden nicht erfüllt werden.“

Dass sich ein SPD-Landtagskandidat eine Zusammenarbeit mit der Brandenburger AfD, die eine Geschichtslüge verbreitet, vorstellen kann, die von dem Rechtsradikalen und Hitler Beschöniger Andreas Kalbitz geführt wird, lässt erahnen wie tief diese Partei in Ratlosigkeit versunken ist. Wären jetzt Wahlen in Niedersachsen, würde ich vorschlagen die Grünen oder/und die CDU zu wählen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei einer Diskussion mit Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern ihre Migrationspolitik verteidigt. Mit der Kontroverse um ihre Flüchtlingspolitik müsse sie leben, sagte die CDU-Politikerin am Dienstag in Stralsund: „Und trotzdem würde ich immer sagen, dass es richtig war, dass wir in einer humanitären Ausnahme- und Notsituation geholfen haben.“ Deutschland könne nicht nur seinen eigenen Wohlstand pflegen, sondern sei Teil der Welt. „Wir können nicht an uns alleine denken“, betonte Merkel.

Ein Lokalpolitiker im Publikum hatte Merkel gefragt, ob sie mit ihrer Migrationspolitik das Land gespalten habe - und ihr vorgeworfen, Deutschland „im Namen der Toleranz in eine Diktatur“ geführt zu haben. AfD-Mitglieder hätten derzeit keine Meinungsfreiheit. Merkel reagierte ruhig,

aber pointiert: „Die Tatsache, dass der Politiker beim Leserforum der „Ostsee-Zeitung“ mit seiner Frage nicht gefährdet sei, sage schon genug. „Sie habe zudem nicht den Eindruck, dass AfD-Mitglieder im Bundestag Hemmungen hätten, ihr die Meinung zu sagen.“

Ich fordere die hiesige AfD auf, diesen Text zu kommentieren. Was immer auch gesagt wird, sie werden sicher dafür nicht in der hiesigen JVA im bisher noch geheim gehaltenen Flügel der rechtsradikalen politischen Häftlinge eingesperrt werden.